

Mir ist auch wichtig, zu sagen: Das Land Nordrhein-Westfalen und seine Regierung schließen nicht irgendwelche Grundschulen, sondern es ist Aufgabe der kommunalen Schulträger, das örtliche Schulangebot zu gestalten. Ich habe noch niemanden gehört, der gesagt hätte, dass das anders geregelt werden sollte. Die Aufteilung, nach der die Kommunen für das Gute und die Regierung – egal welcher Couleur – für das Böse zuständig ist, ist eine Gleichung, die wir nicht anlegen können, sondern wir brauchen klare Steuerungsprinzipien, die angewandt und vor Ort praktiziert werden müssen.

Frau Beer und auch Frau Birkhahn haben schon darauf hingewiesen: In dem Zusammenhang ist das wichtig, was wir in unserem Schulkonsens unter der Ziffer 8 festgehalten haben. Ich will es noch einmal vortragen:

„Unser Ziel ist die Sicherung eines wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Schulangebots in Nordrhein-Westfalen als großem Flächenland mit einem deutlichen Stadt-Land-Gefälle. Hierzu bedarf es differenzierter Lösungen, die sich für den Primarbereich anders darstellen als für die Schulen der Sekundarstufe I und II, für den ländlichen Raum anders als für Ballungsräume. Um dem Prinzip ‚Kurze Beine – Kurze Wege‘ Rechnung zu tragen, wollen wir kleine wohnortnahe Grundschulstandorte möglichst erhalten, auch durch die Intensivierung von Teilstandorten. Dies erfordert pädagogisch-innovative Konzepte wie z. B. jahrgangsübergreifendes Lernen, damit die Fachlichkeit und der effektive Mitteleinsatz gewahrt bleiben.“

Ich glaube, dass das eine sehr gute Formulierung ist, die beschreibt, welchen Weg wir gehen wollen. Nur einfach – so habe ich es aber auch nicht verstanden – mit der Gießkanne agieren zu wollen – überall ist alles gleich –, ist ein Weg, auf dem wir auch nicht weiter kommen, weil es sich in den ländlichen Regionen in der Tat anders als in den Städten darstellt. An der Stelle werden wir ein Instrumentarium erarbeiten und vorlegen, mit dem dann die kommunalen Entscheidungsträger vor Ort vernünftig werden arbeiten können.

Bei der Gelegenheit möchte ich nur noch anmerken: Eine kleine wohnortnahe Schule ist ein hohes Gut, aber auch eine Grundschule braucht einen gewissen Rahmen, damit sie organisatorisch vernünftig zu führen und zu gestalten ist, ein Fächerangebot vorgehalten werden kann und damit es einen vernünftigen und effizienten Mitteleinsatz gibt. Ansonsten würde die Überfinanzierung an der Stelle zu Lasten des Schulangebots in unseren Städten gehen. Das können wir auch nicht wollen. Wir haben Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler in allen Regionen unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Beratung an der Stelle schließen und gleich zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/2355 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist so verfahren, und wir haben den Antrag überwiesen.

Ich rufe auf

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Erstes KiBiz-Änderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1929

Änderungsanträge
der Fraktion DIE LINKE
Drucksachen 15/2420 bis 15/2423

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2426

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für
Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 15/2385

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2431

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gute Bildung, Erziehung und Betreuung im Elementarbereich geht nur ganz anders!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2372

Bevor wir in die Debatte einsteigen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die FDP-Fraktion gemäß § 73 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung eine dritte Lesung beantragt hat. Ich möchte die Fraktionen, die Änderungsanträge gestellt haben, darauf hinweisen, dass Sie diese Änderungsanträge heute auch zurückziehen und bei der dritten Lesung auf den Tisch legen können und wir dann darüber entscheiden. Das obliegt aber Ihrer Entscheidungsfrei-

heit. Wir wollten Ihnen nur noch einmal diese Möglichkeit verdeutlichen und haben die Bitte an die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, dass Sie dem Präsidium vielleicht einen Vorschlag unterbreiten, wann die dritte Lesung stattfinden soll.

Nach diesen Vorbemerkungen eröffne ich die Debatte zu Tagesordnungspunkt 3 und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der 30. Oktober 2007 war ein guter Tag. An diesem Tag ist nämlich das neue Kinderbildungsgesetz verabschiedet worden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das war ein gutes Gesetz. Es war gut für unsere Kinder und Jugendlichen, weil sie individuelle Förderung erhielten und neue Chancen bekamen.

(Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang will ich, weil ich schon einige Zwischenrufe erwartet hatte, darauf hinweisen, dass jahrzehntelang nichts getan worden ist. Bildungschancen von jungen Menschen sind vernachlässigt worden. Ich erinnere besonders an 1999, als 440 Millionen D-Mark in diesem Bereich gekürzt worden sind. Das hat natürlich zu erheblichen Qualitätsverschlechterungen geführt. Es hat zu Personalabbau und größeren Gruppen geführt. Damit wurden Bildungschancen verringert. Daran will ich erinnern, meine Damen und Herren.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wann denn jetzt? Vor dem Krieg, oder was?)

Wir haben 2007 durch dieses Gesetz dafür gesorgt, dass kleinere Gruppen entstanden sind. Wir haben durch flexible Angebote neue bedarfsgerechte Möglichkeiten für Eltern und Kinder geschaffen. Wir haben auf die Bedarfe von Eltern reagiert, also die Realität berücksichtigt. Damit haben wir auch Frauen, insbesondere alleinerziehenden, neue berufliche Chancen eröffnet.

(Lachen von Andrea Asch [GRÜNE])

Wir haben erstmals im § 11 des Kinderbildungsgesetzes die Fortbildung und die Evaluation gesetzlich festgeschrieben.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Ich will auch daran erinnern, dass wir trotz erheblichem finanziellen Haushaltsdruck gegenüber den 750 Millionen €, die früher ausgegeben wurden, in unserer Regierungszeit 1,3 Milliarden € investiert haben und damit eine Abschlussbilanz vorgelegt haben, die sich sehen lassen kann.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Außerdem will ich, weil das insbesondere die Grünen nie zur Kenntnis nehmen – anscheinend kön-

nen sie nicht mit Zahlen umgehen –, hier in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass wir den U3-Ausbau in rasender Geschwindigkeit beschleunigt haben.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hui!)

Die Quote der Plätze für die U3-Betreuung betrug 2,8 %. Das waren 11.800. Diese Zahl muss festgebrannt sein.

(Heike Gebhard [SPD]: Wie viel?)

Bis 2010 haben wir die Anzahl verachtfacht und 90.000 Plätze im Jahr 2010 als Abschlussbilanz vorzuweisen.

Meine Damen und Herren, die alternative Betreuungsform Kindertagespflege, gegen die Sie sich immer gewehrt hatten, ist ebenfalls festgeschrieben worden. Mich freut es, dass Sie das nicht rückgängig machen. Davon würde ich Ihnen auch abraten; denn das gäbe einen Aufschrei unter anderem in der Förderlandschaft.

Wir haben die Sprachförderung eingeführt – auch dort waren Sie nicht unbedingt an unserer Seite – und damit die Stärkung der Bildungschancen, den ganzheitlichen Bildungsansatz, forciert.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus haben wir die Familienzentren gegründet. Das waren nicht Sie. Wir haben dieses hervorragende niederschwellige Angebot eingeführt. Darauf sind wir stolz.

Ich freue mich auch darüber, dass Sie die Kindpauschale, die wir ebenfalls eingeführt haben, 1:1 übernehmen und gar nicht daran denken, sie anzutasten. Im ersten Entwurf hatten Sie sogar noch eine Erhöhung und Festschreibung dieser Kindpauschale vorgesehen.

Der entscheidende Grund, weshalb wir heute hier darüber reden, ist, dass wir dafür gesorgt haben – denn wir wussten schon 2007, dass dieses Kinderbildungsgesetz evaluiert werden muss. Es muss weiterentwickelt und an die Bedarfe angepasst werden, weil sich die Gesellschaft ändert. Daher haben wir die Revisionsklausel eingeführt. Und deshalb diskutieren wir heute hier über diese Evaluation des Kinderbildungsgesetzes.

Meine Damen und Herren, ich will zur Beitragsfreiheit kommen. An dieser Stelle würde ich gerne den ehemaligen kinder- und familienpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion zitieren. Er hat nämlich am 10. April 2003 gesagt:

„Es gibt bereits heute Kinder, die beitragsfrei den Kindergarten besuchen. Allerdings ist bisher noch niemandem aufgefallen, dass diese Kinder allein aufgrund der Beitragsfreiheit gegenüber anderen Kindern effektiver gefördert werden.“

Ein weiteres Zitat von jemand anderem lautet:

„Ich möchte Herrn Flessenkemper ausdrücklich in der Aussage unterstützen, dass es ein Trugschluss ist zu glauben, durch eine Elternbeitragsfreiheit würden sich quasi automatisch die Bildungsleistungen dieser Einrichtungen verbessern lassen.“

Und weiter:

„Die Bildungsqualität einer Tageseinrichtung macht sich vielmehr daran fest, wie es ihr gelingt, sich in das Gesamtsystem der Förderung von Kindern einzupassen.“

Wer hat das gesagt? Die damalige Schulministerin Ute Schäfer. Vergleichen Sie das einmal mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und den Aussagen, die heute stattfinden. Das ist ein krasser Gegensatz. Eine solche Drehung kann man nur im Tanz machen, glaube ich.

(Heike Gebhard [SPD]: Nein! Sie haben das nur nicht verstanden! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen aber noch ein weiteres Zitat vorhalten – insbesondere Ihnen, Frau Asch. In der Grünen-Fraktion gab es einmal die Kollegin Ute Koczy. Sie war eine gute Familienpolitikerin, der das Wohl der Kinder sehr am Herzen lag. Ich habe großen Respekt davor. Ute Koczy hat 2003 gesagt – ich zitiere –:

„Beitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen ist ein erstrebenswertes Ziel. Aber wer heute ... einen solchen Antrag ... stellt und kein Wort zur Finanzierung sagt, handelt aus meiner Sicht zu tiefst polemisch und unseriös.“

Dieser Antrag ist durch und durch von politischen Ränkezügen und bewusster Blindheit gegenüber den tatsächlichen Gegebenheiten getragen.“

Etwas später hat Ute Koczy ausgeführt:

„Hier werden wichtige familienpolitische Ziele durch den Kakao gezogen, und man ignoriert die Wirklichkeit. Natürlich würde Beitragsfreiheit die Familien finanziell entlasten. Natürlich müssen wir mehr für die individuelle Förderung der Kinder tun. ...“

Beitragsfreiheit im Elementarbereich ist ein Ziel, für das wir Grünen gern eintreten. Ich bitte aber darum, die Wirklichkeit und die Ziele nicht zu verwechseln.

Beitragsfreiheit ist auch kein Qualitätsmerkmal an sich.“

Meine Damen und Herren, wo sind Sie heute eigentlich gelandet? Da bin ich doch sehr überrascht.

Im Übrigen wurde das in der Sachverständigenanhörung alles bestätigt. Sie nehmen die dort gemachten Aussagen nur nicht zur Kenntnis. Eindeutiges Ergebnis der Sachverständigenanhörung: erst Qua-

lität und Quantität; das geht vor Beitragsfreiheit. Das haben alle gesagt.

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Da war ich in einer anderen Anhörung! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ich hoffe, Sie waren da.

Außerdem ist gesagt worden, Beitragsfreiheit sei aktuell kein sinnvolles Instrument für die frühere Förderung von Kindern und bedeute eine Begünstigung von Familien mit mittleren und höheren Einkommen.

(Heike Gebhard [SPD]: Wo fangen bei Ihnen denn die mittleren Einkommen an? Bei 18.000 €?)

Des Weiteren wurde in der Expertenanhörung gesagt, dass die Beitragsfreiheit für das dritte Kitajahr wirkungslos sei. Anreize, Kinder möglichst früh in eine Kita zu geben, könnten allenfalls im ersten Jahr gesetzt werden.

Das war bis vor Kurzem auch Auffassung der Grünen-Fraktion. Dort haben Sie ebenfalls wieder eine Kehrtwendung gemacht. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen Sie diese Kehrtwendung vornehmen.

Meine Damen und Herren, mit der Einführung der Beitragsfreiheit lösen Sie natürlich ein Wahlgeschick ein. Das wundert mich schon ein wenig; denn das Ganze ist ein Mittelstandsförderprogramm.

Ich will auch darauf hinweisen, dass mit dieser Beitragsfreistellung ja nicht die Kinder entlastet werden. Eltern werden zurzeit entlastet. Die Kinder, die heute in der Kita gefördert werden, zahlen das zurück, weil Sie dieses kreditfinanzieren. Diese Kinder müssen diese Summen zurückzahlen. Die 150 Millionen € werden nicht irgendwo aus dem Sparstrumpf genommen, sondern diese Kinder müssen diesen Kredit zurückzahlen. Das ist unverantwortlich, die nachfolgende Generation damit zu belasten.

Ich frage mich auch: Was haben die Geschwisterkinder davon? Profitiert eine Familie davon, wenn zwei ihrer Kinder im Kindergarten sind? Haben Sie sich das schon mal überlegt? – Sie profitiert nicht davon; sie wird nicht entlastet. Sie machen ein Gesetz wider besseren Wissens. Ich will nur darauf hinweisen, ohne es zu vertiefen. Herr Priggen hat am 31.05. in der „BILD“ einiges dazu gesagt. Er hat davon gesprochen, dass für kostspielige Projekte kein Spielraum sei. Er meint genau diese Beitragsfreiheit.

Und ich erinnere an die Kabinetttvorlage im April dieses Jahres, die wegen fehlender Kabinettreife zurückgewiesen worden ist. Die grüne Ministerin Löhrmann hat gesagt, was sie davon hält. Sie hat nämlich keine Qualität erkannt. Hoffentlich ist nicht vergessen worden, was die Ministerin gesagt hat. An dieser Stelle hat sie recht.

Ich komme zu den Familienzentren. Ziel war bisher auch in diesem Landtag – ich habe zumindest in all den Jahren keinen Widerspruch gehört –, das Ausbauziel von 3.000 als realistisch anzusehen und für vernünftig zu halten. Es gibt Äußerungen, dass weiter ausgebaut werden sollte, weil diese 3.000 nicht ausreichen. Man müsste das Ziel nach 2013 neu definieren, also weit über die 3.000 hinausgehen.

Was findet jetzt statt? Nach der Anhörung – das zeigt auch den Umgang mit Experten, mit der Öffentlichkeit, mit der Fachwelt – macht man einen Bewilligungsstopp. Einfach einen Bewilligungsstopp zu machen, ist kein faires Verfahren. Viele Träger, Eltern, Erzieherinnen, Erzieher, Beratungsstellen und Kommunen haben sich auf den Weg gemacht, haben geplant und all das für gut befunden, und diese Planungen sind zurzeit alle für die Katz. Das halte ich für unfair. Ich kann die Enttäuschung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Eltern durchaus verstehen.

Gravierend ist, Frau Ministerin, dass ich bereits im Mai hier im Parlament gesagt habe, dass Sie aufgrund der Haushaltslage gar nicht in der Lage sind, dieses umzusetzen. Das haben Sie damals bestritten. Jetzt kommt es – Sie machen den Bewilligungsstopp ja nicht ohne Weiteres –: Ihnen fehlt die Knete. Das habe ich im Mai schon gesagt. Warum haben Sie dieses Parlament damals getäuscht? Zumindest hätte ich vom Finanzminister erwartet, hier einzuschreiten und zu sagen: Moment, du hast recht. Wir können das gar nicht bezahlen, was wir da versprochen haben. – Nun kommt überraschenderweise der Bewilligungsstopp. Das ist keine kinderfreundliche Politik; das ist gegen die Interessen von Kindern.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es auch ein Eingriff in die kommunale Planungspolitik, die Jugendhilfepolitik ist.

Ein Teilnehmer der Anhörung sagte mir später – ich zitiere –: Der Ausbaustopp ist eine Ohrfeige für alle Beteiligten, die sich bemühen, den Anforderungen von Kindern und Eltern besser gerecht zu werden. – Recht hat dieser Mann.

Zur 45-Stunden-Regelung: Da sind wir alle von der Deckelung überrascht worden. Das kann nicht im Sinne der Fachpolitik sein. Sie haben ursprünglich 2 % gesagt, und nach Verhandlungen mit den Linken ist die Zahl auf 4 % erhöht worden. Das ist ein Signal an alle, die berufstätig werden oder wieder in den Beruf einsteigen wollen. Das verhindern Sie, oder Sie behindern es zumindest. Das geht gegen die Interessen von Frauen, insbesondere alleinerziehenden, die wieder berufstätig werden und ihren Lebensunterhalt selber erwirtschaften wollen. Das ist gegen die Interessen dieser Menschen.

Das halte ich für unverantwortlich. Sie behindern auch die Beratungstätigkeiten der Optionskommun-

nen, der Argen und der Agentur für Arbeit. Sie können nicht vermitteln, weil sie keine vernünftigen Betreuungsangebote erhalten können, weil Sie es gesetzlich verhindern. Die Träger wollen ja wohl und können es auch. Nur, Sie machen es nicht. Das halte ich für eine Bevormundung von Eltern. Das ist einfach nur noch abenteuerlich und unverantwortlich.

(Zuruf von der SPD: Anmeldezahlen!)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag eingereicht. Ich will nur drei Sätze dazu sagen. Er ist daran orientiert, dass wir mehr Qualität in den Einrichtungen haben wollen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Das führt auch zu Verbesserungen der Chancen für Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, und orientiert sich an den vorhandenen Ressourcen. – Frau Asch, Sie können dieses Gesetz weiterhin im Blindflug begleiten. Ich persönlich hoffe, dass es noch ein paar gibt, die beim nächsten Entwurf etwas sachorientierter arbeiten und vielleicht auch die Fachkompetenz der Opposition mit einbinden, um im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu einem vernünftigen Entwurf zu kommen.

(Gordan Dudas [SPD]: Dazu habe ich nichts gehört!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tenhumberg. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Altenkamp das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss einen Dank an den Kollegen Laschet loswerden, weil er es mit diesem „guten Gesetz“, wie Kollege Tenhumberg formuliert hat, geschafft hat, mir zu einem Lebensthema zu verhelfen. Als Vorsitzende eines Trägervereins kämpfe ich seit vielen Jahren damit, zu erkennen, dass es ein gutes Gesetz ist.

Kollege Tenhumberg, ich habe Sie bei mehreren Veranstaltungen sagen hören, dass Sie all das, was wir in der ersten Stufe der KiBiz-Revision machen, auch gemacht hätten. Im gesamten Wahlkampf haben Sie immer wieder erzählt: Ja, da müssen wir noch einiges ändern. – Wenn das ein so gutes Gesetz war, warum haben Sie dann von Anfang an auch im Wahlkampf eine eher defensive Haltung eingenommen und gesagt: „Da müssen wir noch einiges verändern und die Evaluation abwarten“?

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Ein anderer Punkt, der mir aufgefallen ist und sehr gefallen hat, ist die Lobhudelei auf die Kindpauschale. Seien Sie sich absolut gewiss, in der zweiten Revisionsstufe des sogenannten Kinderbildungsgesetzes wird es auch um das Thema „Kindpauschale“ gehen.

(Beifall von der SPD und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Der Grund ist: Schon heute ist auch in der Evaluation erkennbar, die Kindpauschale ist weder unbürokratisch noch auskömmlich, und zum anderen führt sie überhaupt nicht dazu, dass Träger in Nordrhein-Westfalen das Gefühl haben, dass das, was sie in ihren Einrichtungen an früher Bildung leisten, durch diese Kindpauschale auch nur im Ansatz durch die Landespolitik wertgeschätzt wird. Deshalb seien Sie gewiss: An die Kindpauschale und an die Struktur werden wir rangehen.

(Beifall von der SPD und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Dann hat mir Ihr Blick in die Vergangenheit sehr gefallen, weil Sie eine Debatte wiedergegeben haben, die 2003 zu einem Antrag der FDP geführt worden ist. Das sage ich auch dem Kollegen Hafke, der sich gleich zum Thema Beitragsfreiheit verbreiten wird: Ihre Fraktion war die erste, die beantragt hat, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Das ist das eine.

Das Zweite ist, Kollege Tenhumberg: Wissen Sie, was Sie ausgelassen haben? Den Wortbeitrag Ihres damaligen jugend- und familienpolitischen Sprechers, der sich damals auch ganz massiv gegen den FDP-Antrag gewandt und gesagt hat, dass das zu dem Zeitpunkt 2003 purer Populismus war.

Ich erinnere mich an eine Diskussion, die wir später zum Thema U3-Ausbau geführt haben. Damals habe ich einen etwas längeren Zwischenvortrag von Herrn Dr. Papke zugelassen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Von mir?)

Er hat mich gefragt, ob mir bekannt sei, welche Fraktion die erste gewesen sei – das war 2006 –, die sich mit Beitragsfreiheit auseinandergesetzt hätte,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach so!)

und wie wir zu dieser Wendung gekommen seien. Ich habe Ihnen damals geantwortet, wir hätten halt dazugelernt.

Aber klar geworden ist auch: Seit diesem Moment 2003 – später in Regierungsverantwortung – hat es Ihr damaliger Koalitionspartner unterlassen, dies weiterzuverfolgen.

Herr Tenhumberg, Sie können uns doch nicht vorwerfen, dass wir eine Position entwickeln und in dem Moment umzusetzen beginnen, in dem wir die

Chance dazu haben, weil wir an der Regierung beteiligt sind. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von Bernhard Tenhumberg [CDU] und von Stefan Zimkeit [SPD])

Denn das hat eine ganze Menge mit Glaubwürdigkeit in der Politik zu tun.

Wir beraten heute die erste Stufe der Revision des sogenannten Kinderbildungsgesetzes. Die ersten wichtigsten Änderungen will ich kurz darstellen.

Die Fallpauschale für den U3-Bereich ermöglicht die Schaffung weiterer U3-Plätze, aber auch eine Verbesserung der Personalausstattung. Das ist wichtig und insbesondere mit Blick auf die Qualität nicht zu verachten. Es wurde von vielen gefordert, wie Sie auch in der Anhörung mitbekommen konnten. Dadurch werden die Einsatzmöglichkeiten der Kinderpflegerinnen verbessert. Auch diese Forderung kam aus der Szene.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, Herr Tenhumberg, das wir an dieser Stelle vertragstreu geblieben sind. Denn das haben wir angekündigt; die Notwendigkeit hierfür wurde in der Szene als sehr dringend empfunden. Beides – das wissen Sie – hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität.

Die Inklusion wird in den Einrichtungen verbessert; das ist ein wichtiger Punkt. Wäre das Gesetz gut gewesen, wäre das bereits besser gelungen. Sie haben damals versucht, mit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz mehr Kinder mit Behinderung in die Einrichtungen und in mehr Einrichtungen zu bekommen. Diese Absicht habe ich nie bestritten; niemand von der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen hat das getan. Der Punkt ist bloß: Das ist nicht gelungen.

Im zweiten Jahr wurde deutlich, dass weniger Kinder mit Behinderung in die Kindertageseinrichtungen gekommen sind. Ein ganz großes Problem war immer, dass es für den Unter-Dreijährigen-Bereich der Kinder mit Behinderung überhaupt keine Lösung in Ihrem Gesetz gegeben hat, sondern sogar eine Schlechterstellung gegenüber den Kindern ohne Behinderung, die ganz normal in die Einrichtungen wollten.

Die Mitwirkung der Eltern wird verbessert. Jetzt besteht die Möglichkeit, einen Landeselternrat zu bilden, der finanziell unterstützt wird.

Die Verwendungsnachweise werden vereinfacht. Dieses Thema lag für die Entbürokratisierung dringend auf der Hand. Denn eines hat dieses sogenannte Kinderbildungsgesetz nie gebracht, nämlich die gewünschte Entbürokratisierung.

Die erste Stufe der Revision dieses sogenannten Kinderbildungsgesetzes stellt wichtige Weichen für die zweite Stufe. Aber natürlich müssen jetzt die Gespräche insbesondere mit den Trägern und mit

den Kommunen schnellstens aufgenommen werden. Denn zumindest meine Fraktion sieht mit einiger Besorgnis die Fehlentwicklungen und Fehlwahrnehmungen insbesondere der kommunalen Familie bei der Aufgabenteilung der Finanzierung der frühkindlichen Bildung. Denn es kann nicht sein, dass das Land für einen Teil zuständig ist, während sich die Kommunen aus der Finanzierung zurückziehen.

Aber diese Diskussion ist ein Ausfluss aus der letzten Legislaturperiode und der Implementierung des Kinderbildungsgesetzes, weil die Kommunen miterleben mussten, dass durch das Kinderbildungsgesetz, aber auch durch den Umgang der schwarzgelben Landesregierung mit dem KiföG eine Situation entstanden ist, in dem ihr Anteil an einem Kindertagesstättenplatz und an einem U3-Platz unglaublich stieg, während sich das Land immer stärker aus der Finanzierung zurückgezogen hat. So ist zu erklären, warum die Kommunen jetzt überaus zurückhaltend sind, wenn es darum geht, Finanzierungsgerüste für das zukünftige Kinderbildungsgesetz – ich hoffe, es wird nicht so heißen, denn der Name ist in der Zwischenzeit „verbrannt“ –, also für das zukünftige Kindertagesstättengesetz in Nordrhein-Westfalen hinzubekommen.

Ein wichtiges Thema – der Kollege Tenhumberg hat es angesprochen – ist die Beitragsbefreiung. Wir glauben nach wie vor, dass das nicht nur ein Kernstück von Wahlversprechen usw., sondern ein Kernstück der Verbesserung der Qualität und der Anerkennung der Bildungseinrichtung Kindertageseinrichtung ist.

Ich will Ihnen ein Beispiel aus meiner Heimatstadt nennen. Im letzten Jahr waren die größte Gruppe der Beitragszahler Familien mit einem Bruttojahreseinkommen von bis zu 37.000 €. In absoluten Zahlen waren das 1.974 Haushalte, also 13,3 % aller Haushalte mit Kindern in Kindertagesstätten. Diese Familien zahlen in Essen 154 € pro Kind plus Essensgeld. Verdient eine Familie nur 1 € brutto mehr, steigen die Beiträge in meiner Heimatstadt gleich auf 240 €. Was soll das sagen?

Wir entlasten mit der Beitragsbefreiung Familien mit mittleren und kleineren Einkommen direkt. Das ist immer noch besser, als auf Kindergelderhöhungen oder andere Dinge zu setzen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dafür – das sage ich Ihnen ganz offen – müssen wir uns weder schämen noch rechtfertigen. Denn bei einer Familie mit einem Jahreseinkommen von 37.000 € können Sie nicht von Besserverdienenden sprechen.

(Beifall von der SPD)

Diese Familien zahlen kaum Steuern, haben aber eine hohe Abgabenlast. Aus diesem Grund treffen

sie Beiträge für Kitas und Bildungseinrichtungen umso härter.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann können wir den Soli abschaffen!)

– Herr Witzel, bitte!

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] – Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage ganz offen: Herr Kollege Tenhumberg, solange sich Ihre Fraktion und die nordrhein-westfälische CDU diesem sich abzeichnenden Unsinn des Betreuungsgeldes von einer Prämie in Höhe von 150 € dafür, dass man Kinder nicht in Kindertageseinrichtungen schickt, nicht entgegenstellen und offen zugeben, dass es sich um puren Unsinn handelt, brauchen wir uns von Ihnen familienpolitisch überhaupt nichts erzählen zu lassen.

(Beifall von der SPD und von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dann kommt immer das Argument: Das Geld, das wir für die Beitragsbefreiung aufwenden, sollten wir besser in die Qualitätsverbesserung stecken. Der Weg, den die Landesregierung vorschlägt, stellt eine Qualitätsverbesserung 1:1 dar.

(Widerspruch von der CDU)

Denn er führt dazu, dass das Geld im System bleibt. Wenn eine Stadt wie meine Heimatstadt maximal 13 % beim Elternbeitrag generieren kann, aber 19 % beim Elternbeitrag erstattet bekommt und dieses Geld in den Kitas und nicht im kommunalen Haushalt verschwindet, dann kann ich Ihnen sagen: Dann ist Qualitätsverbesserung 1:1 gegeben. So wird ein Schuh daraus, Herr Tenhumberg.

(Beifall von der SPD)

Dann wird immer gefragt: Wie wird das finanziert? – Kollege Tenhumberg, Sie legen hier heute einen Antrag vor, mit dem Sie sagen: Alle Familienzentren sollen 15.000 € erhalten. Warum sind Sie eigentlich zu der Einsicht nicht schon früher gekommen? – Okay, lassen wir das einmal beiseite. Aber woher nehmen Sie das Geld denn? Das nehmen Sie aus dem Defizit, oder? Da steht doch nirgendwo, wie das finanziert wird.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Doch!)

Dann sage ich auch einmal: Sie stellen hier Haushaltsanträge, mit denen Sie das gesamte Geld, das wir zusätzlich für die Kitas ausgeben wollen, im Prinzip streichen, und heute sagen Sie:

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir setzen uns für Qualitätsverbesserung ein. – Herr Tenhumberg, wie glaubwürdig sind denn solche Geschichten?

Noch ein Punkt: „Gutes Gesetz“. – Es ist kein gutes Gesetz. Was wir mit der ersten Revisionsstufe erkennen müssen, ist, dass es in der Systematik, so

wie dieses Gesetz organisiert ist, nie ein wirklich gutes Gesetz sein kann.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund wird es eine gründliche Revision in der zweiten Stufe geben, sowohl beim Finanzgerüst als auch beim Namen. Auch der muss endlich vernünftig werden. Denn es ist ein Kinderbildungsgesetz ohne Bildung. Das bleibt dabei. Deshalb muss auch da dringend etwas geändert werden. Was soll an frühkindlicher Bildung eigentlich in den Kitas passieren? Darauf haben Sie bis heute keine Antwort geliefert, weder mit diesem Gesetz noch mit all den Beiträgen, die Sie in den letzten Wochen und Monaten gegeben haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist in der Tat ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen. Es ist ein guter Tag für unsere Kinder, nicht nur für die Schulkinder, sondern auch für die Kinder in den Kitas.

Aber es ist auch ein guter Tag für die politische Kultur, weil wir das, was wir in der letzten Legislatur als Grüne und als SPD-Fraktion angekündigt haben, nicht nur in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, sondern heute auch umsetzen. Das ist die Revision dieses unsäglichen sogenannten Kinderbildungsgesetzes, meine Damen und Herren. Das heißt, wir sind verlässlich. Wir machen das. Wir setzen in unserer Regierungsverantwortung das in die Tat um, was wir in der letzten Legislatur in der Opposition gefordert und angekündigt haben.

Da befinden wir uns in diametralem Gegensatz zu dem, was die CDU bei diesem Thema vorlegt. Ich muss sagen, Herr Tenhumberg: Diese Achterbahnfahrt bei dem Thema „frühkindliche Bildung“ hat nichts mit verlässlicher und konsistenter Politik zu tun.

(Beifall von der SPD)

Es ist ein Auf und Ab und eine Achterbahnfahrt.

Sie haben heute zum Besten gegeben, was Sie in der Kinderbildung alles Tolles gemacht haben. Sie haben dann aber gleichzeitig gesagt: Ja, die Revision ist nötig. – Das haben Sie übrigens auch im Wahlkampf gemacht, weil Sie gemerkt haben, dass das, was Sie mit diesem sogenannten Kinderbildungsgesetz verursacht haben, dazu geführt hat, dass sich die Rahmenbedingungen und damit die

Bildung, Betreuung und Erziehung in den Kitas nach diesem Gesetz deutlich verschlechtert haben. Das ist die Realität. Manchmal können Sie das sehen. Aber Sie haben es immer noch nicht wirklich realisiert. Daraus entsteht dann so eine politische Achterbahnfahrt, von der wir heute wieder Kenntnis nehmen konnten.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht zuletzt auch wieder in der Anhörung zu unserem ersten Kinderbildungsänderungsgesetz von allen Beteiligten noch einmal sehr deutlich gehört, wie der Druck auf die Erzieherinnen zugenommen hat, wie viel falsche Steuerung es durch dieses Gesetz gibt, wie handwerklich schlecht es in vielen Punkten gemacht ist und vor allem wie die Kinder unter diesen schlechten Rahmenbedingungen, die Sie geschaffen haben, zu leiden haben. Das war unisono Tenor dieser Anhörung. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Davon können Sie den Blick nicht abwenden.

Wir haben von allen Beteiligten auch ganz klar gehört, dass die Schritte, die Rot-Grün jetzt mit diesem Gesetz geht, Schritte in die richtige Richtung sind.

Vor allen Dingen wurde sehr klar gemacht, dass es ein guter Weg ist, den Rot-Grün ja überhaupt als Überschrift für ihr Regierungshandeln gewählt hat, nämlich die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Das heißt, wir setzen die Eltern und die Erzieherinnen nicht – wie Schwarz-Gelb und insbesondere Herr Laschet das gemacht haben – an den Katzentisch, sondern wir nehmen sie mit in den Beratungsprozess hinein und nehmen diejenigen ernst, die letztendlich tagtäglich mit unseren gesetzlichen Bedingungen arbeiten müssen. Auch das ist schon ein großer qualitativer Unterschied zu Schwarz-Gelb, meine Damen und Herren.

Wir haben wahrgemacht, was wir immer wieder angekündigt haben, nämlich den immensen Bürokratieaufbau, der durch KiBiz eingeleitet wurde, abzumildern. Wir können ihn nicht ganz wegnehmen. Denn es ist ja völlig richtig, was die Kollegin Altenkamp hier gesagt hat. Der Fehler steckt im System. Das System sind die Kindpauschalen. Deswegen können wir, wenn wir dieses Gesetz jetzt in einem ersten Schritt revidieren, sozusagen immer nur nachbessern. Wir werden nicht alle Makel, die da drinstecken, ausmerzen können. Das bleibt dann einem zweiten Schritt vorbehalten.

Aber Bürokratieabbau: Wir haben das ernst genommen, was uns die Träger und die Kommunen gesagt haben. Wir werden jetzt einen vereinfachten Verwendungsnachweis haben. Wir haben das Ohr offen für diejenigen – das sind die Kommunen und die Träger –, die mit diesem Gesetz arbeiten müssen.

Wir haben in einem zweiten Schritt – das ist wichtig – das wahrgemacht, was wir auch immer gefordert haben, nämlich dass sich die Qualität in den Einrichtun-

gen verbessern muss. Qualität in den Einrichtungen bemisst sich vor allen Dingen am Erzieherinnen-Kind-Schlüssel. Wir haben deshalb bei den Kinderpflegerinnen zusätzliche Personalfachstunden eingeführt. Wir haben das jetzt noch einmal mit dem Antrag der Fraktionen nachgebessert und damit deutlich gemacht: Wir brauchen mehr Personal, wir brauchen vor allen Dingen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Personal bei den Kleinen, bei den unter Dreijährigen.

Einen zweiten Schritt haben wir gemacht, der sich positiv auf das Personal auswirkt. Das sind die zusätzlichen 1.000 Berufspraktikantinnenstellen. Auch das ist eine Folge des sogenannten Kinderbildungsgesetzes, dass viele Träger diese Stellen nicht mehr eingerichtet haben und vielen angehenden Erzieherinnen damit verwehrt wurde, ihre Ausbildung abzuschließen. Es ist unverantwortlich, die Ausbildungsmöglichkeiten an der Stelle nicht zu geben, wenn wir an den zukünftigen Fachkräftemangel denken. Auch das haben wir ein Stück abgemildert.

In einem dritten Schritt sind wir die Entlastung der Eltern angegangen. Elternbeitragsbefreiung! Herr Tenhumberg, Sie stellen sich immer hier hin und sagen, das sei nicht der Schritt, den man jetzt machen müsste, und fragen, warum wir das täten. Fragen Sie doch mal Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den CDU-Fraktionen in Niedersachsen und in Hessen! Die sind genau diesen Schritt gegangen und haben die Beiträge für das letzte Kindergartenjahr freigestellt. Vielleicht erkundigen Sie sich mal, warum dort mit CDU-Stimmen dieser Weg gegangen wurde. – Also: Insoweit ist Ihre Mäkelei an dieser Stelle nicht nachvollziehbar.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben die Eltern in ihrer demokratischen Mitwirkung gestärkt. Wir wollen, dass es einen durchgewählten Stadt- und Gemeindefrat und dann auch einen durchgewählten Landeselternrat gibt. Wir haben auf Antrag der Koalition die Bedingungen so gestaltet, dass das auf eine gute Basis gestellt ist und es den Eltern ermöglicht wird, so die Beteiligung sicherzustellen.

Wir haben uns noch einen anderen wesentlichen Punkt vorgenommen – das ist bei der Anforderung, vor die wir alle gestellt sind, Inklusion, ein wesentlicher Schritt – und den Zuschlag für Kinder mit Behinderung erhöht. Auch da haben wir als Fraktion gesagt: Da muss noch mehr Geld drauf! – Und wir haben es möglich gemacht, dass unterjährige Veränderungen bei den Kindpauschalen, wenn eine Behinderung festgestellt wird, bezahlt werden.

Meine Damen und Herren, das sind Verbesserungen, die sich sehen lassen. Das sind Verbesserungen, die auf eine positive Resonanz bei den Erzieherinnen, bei den Eltern, bei allen Beteiligten gestossen sind.

Nun muss ich noch mal etwas zu dem sagen, was die CDU hier heute vorgelegt hat. Dazu erinnere ich an den ganzen Krawall, den Sie im Ausschuss gemacht haben. Sie haben uns vorgehalten, wir hätten die Anträge zu kurzfristig eingereicht. Was haben Sie denn heute Morgen gemacht?

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben uns Ihren Entschließungsantrag erst heute Morgen auf den Tisch gelegt. Dieser Klamauk, den Sie in Bezug auf die Geschäftsordnung immer machen, dass sie keine Beratungsmöglichkeit hätten, entbehrt jeder Grundlage und verweist nur darauf, dass Sie in Wirklichkeit inhaltlich nichts beizutragen haben, weil Sie überhaupt keinen inneren Kompass haben, was die frühe Bildung von Kindern angeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie überschreiben Ihren Antrag mit „Qualitätsverbesserung vor Beitragsfreiheit“. Ich stelle in diesem CDU-Antrag keine einzige Qualitätsverbesserung fest. Auch da wieder reiner Etikettenschwindel! Sie geben wieder etwas vor, was Sie hinterher nicht einlösen. Das kennen wir von Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Es ist ein guter Tag für die Kinder in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein guter Tag, weil die Bedingungen in den Kitas mit diesem Gesetz in einem ersten Schritt verbessert werden. Wir gehen jetzt wieder gemeinsam mit den Eltern, den Erzieherinnen, den Trägern und den Kommunen in den zweiten Schritt und werden dieses Gesetz grundsätzlich neu aufstellen. Das bedeutet vor allen Dingen, dass wir das Finanzierungssystem angehen. Denn das ist die Grundlage für eine gute Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Asch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Asch, ich habe gedacht, dass Sie hier Ihr eigenes KiBiz-Änderungsgesetz beschreiben. Wir haben einen Gesetzentwurf, der im Eiltempo durch das Parlament gepeitscht wird. Wir haben einen unausgeworenen Gesetzentwurf. Wir haben einen Gesetzentwurf, der kaum Verbesserungen vorsieht. Das Einzige, das dieses Gesetz auszeichnen wird: Es ist teuer.

Ich habe letzte Woche Dienstag im Ausschuss einen Tiefpunkt in meiner einjährigen Parlamentszeit erlebt.

(Gordan Dudas [SPD]: Den haben Sie verursacht!)

– Den hat die Koalition der Einladung oder – vielleicht besser – die Koalition der Ausladung verursacht. Ich möchte das an zwei, drei Punkten klar machen.

Letzten Dienstag wurden in einer Hauruck-Aktion sieben Änderungsanträge durch den Ausschuss gepeitscht

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

mit einem wahrscheinlichen Mittelvolumen von 24 Millionen €.

Frau Altenkamp, Sie haben eben gesagt, es würde begründet, woher das Geld kommt. In keinem dieser Änderungsanträge, die SPD und Grüne gestellt haben, wurde begründet, wo diese mindestens 24 Millionen € überhaupt herkommen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aus dem Haushalt!)

Von daher wäre es gut, mal zu sagen, wie Sie dieses Gesetz finanzieren wollen.

In dem gesamten Gesetzgebungsverfahren haben Sie dem Parlament keine vernünftigen Datenmaterialien zur Verfügung gestellt. Sie haben dem Parlament keine Informationen zur Verfügung gestellt. Es werfen sich nur Fragen auf.

Es gibt drei Punkte, die wir als FDP-Fraktion gut heißen – das haben wir von Anfang an gesagt, und dazu stehe ich auch nach wie vor –, und zwar die Ausgestaltung der Familienzentren, die Unterstützung der Kinder mit Behinderung und die U3-Pauschalen. Das sind Punkte, die wir als gut empfinden und die wir in der Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes genauso gemacht hätten.

Aber das ganz große Problem ist die Prioritätensetzung. Damit komme ich wieder zu dem Punkt der Beitragsfreiheit. Meine Damen und Herren, man kann das Geld nur einmal ausgeben.

(Heike Gebhard [SPD]: Der erste richtige Satz!)

Wenn Sie das Geld ausgeben wollen, dann wäre es ehrlich und vernünftig, dem Parlament Fragen zu beantworten, die es seit Monaten stellt.

(Beifall von der FDP)

Ich wiederhole sie hier noch einmal. Wie viele Kinder betrifft die Beitragsfreistellung? In welcher Höhe müssen die Einnahmefälle kompensiert werden? Welche Angebote werden beitragsfrei gestellt? Wie viele Mittel werden für die neuen U3-Pauschalen erforderlich, wie viele für die Familienzentren, wie viele für Kinder mit Behinderung? – All das steht nicht im Gesetz.

(Heike Gebhard [SPD]: So ein Gesetz habe ich noch nicht gesehen!)

Im Haushalt steht ausschließlich eine Allgemeinposition von 242 Millionen €, aber nicht, wofür das Geld verwendet werden soll. Von daher ist es ein intransparentes Gesetz, zu dem Sie einfach Wahlkampfretorik vortragen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sagen Sie mal was Inhaltliches!)

– Frau Asch, ich sage Ihnen jetzt mal was Inhaltliches, weil Sie das gerade angesprochen haben.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Zu dem Thema „Beitragsfreiheit“: Ich bin der festen Auffassung, dem Parlament würde es gut zu Gesicht stehen, wenn Sie hier in Qualität investieren würden.

Ich möchte noch einmal Äußerungen von ver.di im Rahmen der Anhörung zitieren und hoffe, dass gerade die SPD darüber nachdenkt. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Die Elternbeitragsbefreiung, bei diesem Haushalt 2011 nur verständlich, muss aus ver.di-NRW-Sicht zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden. Eine stufenweise Einführung der Elternbeitragsbefreiung ist aus fachpädagogischer Sicht für das erste Kitajahr vorzusehen.“

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dann geht es weiter:

„Eine Elternbeitragsbefreiung zum jetzigen Zeitpunkt wirkt zusätzlich qualitätssenkend.“

Sie können hier doch nicht von Maßnahmen sprechen, die die Qualität verbessern würden, wenn Sie über 150 Millionen € in die Beitragsfreiheit investieren, ohne die Fragen zu beantworten und ohne auf Ihre eigenen Experten zu hören.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie sagen, dass die Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres eine Anreizfunktion hätte. Meine Damen und Herren, im dritten Kindergartenjahr gehen fast 100 % aller Kinder in den Kindergarten. Da kann von Anreiz überhaupt keine Rede sein. Wenn Sie das schon machen, dann nicht im dritten Jahr, sondern bitte im ersten Jahr, denn da gehen nur 75 % der Kinder in den Kindergarten. Da könnte man noch mit einem Anreiz logisch argumentieren.

An dieser Stelle möchte ich Herrn Priggen zitieren, der zur Beitragsfreiheit etwas Richtiges gesagt hat: Das beitragsfreie Kindergartenjahr ist eine politische Wohltat, aber leider eine, die wir uns nicht leisten können. – Ich glaube, das ist das alles Entscheidende, um das es hier geht. Wenn Sie Geringverdiener tatsächlich entlasten möchten, was die Kollegen vorhin ja angekündigt haben, dann wäre es sinnvoll, an einheitliche Elternbeitragsregelungen heranzugehen und ähnliche Maßnahmen auf den

Weg zu bringen. Dann würde man nämlich alle Familien treffen und nicht nur die, deren Kind im letzten Kindergartenjahr ist.

Das ganz Entscheidende ist: Von solchen Maßnahmen würden alle Kinder profitieren. Von Qualitätsausbau profitieren alle. Von Ihrer Beitragsbefreiung profitieren nur die Eltern, nicht die Kinder, die im letzten Kindergartenjahr sind. Von daher können Sie nicht von Maßnahmen zur Qualitätssteigerung sprechen.

Da Sie mir das nicht glauben, Frau Asch, möchte ich jetzt mal Ihre Parteifreunde aus dem Saarland zitieren, die dort an der Regierung beteiligt sind. Im Saarland ist man gerade dabei, die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr abzuschaffen

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– hören Sie mal zu, Frau Beer! – und Elternbeiträge mit einer sozialer Staffelung einzuführen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Saarland, Claudia Willger, kann man aus der Plenardebatte vom April folgendermaßen zitieren:

Natürlich wäre es allen lieber, wenn Bildung kostenfrei zur Verfügung stünde. – Darüber sind wir uns auch hier im Parlament einig. – Das geht im Hinblick auf die Haushaltssituation, in der wir uns befinden, aber nicht. Deshalb ist es uns wichtig, gerade das zu verbessern, was das größte Problem in der Bildung ist, nämlich die unzureichende Chancengerechtigkeit. Geld kann man nur einmal ausgeben.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, vielleicht schneiden Sie sich davon mal eine Scheibe ab: lieber das Geld in Qualität, in vernünftige Maßnahmen investieren und nicht in politische Wohltaten, wie Sie es hier machen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich sage Ihnen, wo Sie die Qualität sogar noch verschlechtern. Da hat selbst Ihr kleiner Versuch in den letzten Ausschusssitzungen nichts gebracht. In § 19 Abs. 3 haben Sie eine marginale Erhöhung von 2 % auf 4 % vorgenommen. Auf Nachfrage kam im Ausschuss die Begründung, das würde darunterfallen. – Wenn das darunterfällt, dann streichen Sie diesen Paragraphen doch einfach, streichen Sie die 4 % heraus. Dann wäre es sinnvoll. Komischerweise beharren Sie aber auf diese 4 %. Von daher glaube ich, dass die Qualität, nämlich die Flexibilität, die man mit dem Kinderbildungsgesetz erreichen wollte, deutlich eingeschränkt wird. Das ist ein Qualitätsverlust.

Meine Damen und Herren, wir haben die dritte Lesung beantragt, weil wir einen Entschließungsantrag dazu einbringen werden, um noch einmal deutlich zu machen, welche Reihenfolge wir für sinnvoll erachten, nämlich Prioritätensetzung mit einem entsprechenden Qualitätsausbau.

Mein Appell an SPD und Grüne: Überlegen Sie es sich noch einmal ganz genau mit der Beitragsfreiheit! Investieren Sie lieber in die Qualität, und zwar deutlich mehr als das, was Sie jetzt machen! Dann kann man von einem Qualitätsausbau für Kinder sprechen. Im Moment entlasten Sie nur die Eltern. Das kommt den Kindern nicht zugute. Das ist der falsche Weg.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Heute und morgen soll das Erste KiBiz-Änderungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Die Erwartungen der Betroffenen sind so groß, weil sich die Situation der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen mit dem von der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachten KiBiz so dramatisch verschlechtert hat. Die Linke begrüßt daher, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorlegt, der Sofortmaßnahmen ab dem 1. August vorsieht.

Viele Neuregelungen gehen in die richtige Richtung – wie der Einstieg in die Beitragsfreiheit. Auch die sogenannte U3-Pauschale für zusätzliche Kinderpflegerinnen zur Betreuung von unter Dreijährigen, die durch unseren Antrag im Kinder- und Jugendausschuss aufgestockt und entfristet wurde, ist ganz wichtig und richtig.

Ich sage es gleich zu Anfang: Die Linke trägt die erste KiBiz-Änderung mit. Wir ermöglichen Ihnen damit die Beitragsfreiheit und die Personalverbesserungen.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Doch unsere Kritik an der Reform bleibt bestehen. Viele der Änderungen, die vorgenommen werden sollen, hätten mutiger ausfallen sollen. So hat meine Fraktion im Kinder- und Jugendausschuss einen verbindlichen Zeitplan für weitere Stufen der Beitragsbefreiung beantragt, der leider keine Mehrheit fand. Wir werden Sie aber weiterhin an Ihr Wahlversprechen erinnern. Bildung ist keine Ware. Die Angebote der Kita müssen ebenso wie die der Schule und der Hochschule gebührenfrei sein.

(Beifall von der LINKEN)

Für Die Linke sind Qualität und Beitragsfreiheit zwei Seiten einer Medaille. Es hätten daher in dieser ersten Reformstufe noch wesentlich mehr Mittel für eine Verbesserung der personellen Situation in den Kitas bereitgestellt werden müssen.

(Beifall von der LINKEN)

Hauswirtschaftskräfte, Leitungsfreistellungen, mehr Verfügungszeit für die Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit für Erzieherinnen – all dies sind Punkte, die man schon jetzt angehen kann. Entsprechende Änderungsanträge meiner Fraktion liegen Ihnen heute zur Abstimmung vor. Anders als CDU und FDP sind wir der Auffassung, dass ein Sparen in der Elementarerbziehung ein Sparen am völlig falschen Ende ist. Im Gegenteil: Wir brauchen hier mehr Investitionen. Wir Linke sagen: Das Kindeswohl ist wichtiger als die Haushaltskonsolidierung.

(Beifall von der LINKEN)

Wir hoffen, Sie schließen sich dieser Position an und stimmen unseren Änderungsanträgen heute zu.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch problematische Neuregelungen in diesem Änderungsgesetz wie jene im Bereich der Elternmitbestimmung, wo Elternräte nun um ihre Existenz bangen, weil sie sich nicht in der Lage sehen, das erforderliche Quorum zur Beteiligung zu erreichen. Liebe Abgeordnete von SPD und Grünen, mit diesem Quorum zeigen Sie, dass für Sie Elternmitbestimmung noch immer nicht auf Augenhöhe mit Politik stattfinden soll. Da hilft Ihnen auch der Verweis auf die durchgeführten Regionalkonferenzen nichts. Anhörung ist nun einmal etwas anderes als aktive Mitbestimmung.

(Beifall von der LINKEN)

Genau diese aktive Mitbestimmung werden Sie mit diesem Quorum aushebeln. Die Linke sagt: Hier wäre eine Streichung des Quorums angemessen gewesen, so wie meine Fraktion es im Ausschuss vergeblich beantragt hat.

Seien Sie gewiss: Nach der Reform ist vor der Reform. Unser Antrag „Gute Bildung, Erziehung und Betreuung im Elementarbereich geht nur ganz anders!“ ist ein erster Aufschlag. Wir haben ihn recht kurzfristig gestellt, weil wir es für notwendig erachten, gewisse Rahmenbedingungen für eine umfassende Revision des KiBiz auch im Parlament und seinen Ausschüssen stärker zu diskutieren.

Deshalb fordern wir erstens einen verbindlichen Zeitplan für die zweite Revisionsstufe, die spätestens zum Kitajahr 2013/2014 in Kraft sein muss.

(Beifall von der LINKEN)

Analog zum Schulbereich soll zweitens eine Konferenz zur Elementarerbziehung durchgeführt werden, um grundsätzliche Fragen zu diskutieren. Als Ziel fordert der Antrag drittens ein, die Qualitätsverbesserung in den Einrichtungen in den Mittelpunkt der Reformbemühungen zu stellen. Dazu zählen höhere Personalmindeststandards als bisher und die Orientierung an wissenschaftlich anerkannten Standards für die Fachkraft-Kind-Relation. Viertens muss das Finanzierungssystem umgestaltet werden, sprich: Das ungerechte Kindpauschalen-System ist abzu-

schaffen und die Beitragsfreiheit vollständig einzuführen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich freue mich auf die Fortsetzung dieser Debatte im Ausschuss nach den Sommerferien. Wir bleiben dran! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile die Einschätzung von Frau Asch. Heute ist in der Tat ein guter Tag für Familien und Kinder in Nordrhein-Westfalen. Neben dem Schulkompromiss wird es mit diesem ersten Schritt auf dem Weg zur Revision des Kinderbildungsgesetzes eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern in Nordrhein-Westfalen geben.

Wir können uns sicher auch mit CDU und FDP darauf verständigen, dass die frühkindliche Bildung ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist und dass wir für alle Kinder von Anfang an die besten Chancen und die beste Bildung wollen.

Die Vorrednerinnen von Rot und Grün und auch Frau Dr. Butterwegge haben gesagt: Das sogenannte Kinderbildungsgesetz schafft diese Rahmenbedingungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen in der Form, wie es jetzt umgesetzt wird, nicht.

Herr Tenhumberg, Sie haben gesagt: Im Kinderbildungsgesetz soll es mehr Bildung geben. – Das steht zwar im Titel; wenn man das Buch aber aufschlägt, sieht man, dass es schlicht und einfach geschrieben, jedoch nicht in Ansätzen umgesetzt ist. Wir sind angetreten, bessere Rahmenbedingungen für frühkindliche Bildung zu schaffen. Wir machen mit diesem KiBiz-Änderungsgesetz einen ersten wichtigen Schritt nach vorn. Ich betone: einen ersten!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen, dass wir auch antreten, um für junge Familien mit Kindern eine gute Politik zu machen. Diese jungen Familien in unserer Gesellschaft sind zentrale Leistungsträger. Mütter und Väter leisten in dieser Phase eine enorme Arbeit für den Staat und für die Gesellschaft. Sie sind aber auch unglaublich großen Anforderungen ausgesetzt. Sie wollen natürlich für ihre Kinder da sein. Sie müssen aber auch im Beruf eine entsprechende Leistung erbrin-

gen, und zwar sowohl Mütter als auch Väter, und das unter sehr erschwerten Bedingungen und großem Druck, der im Arbeitsmarkt auf ihnen lastet. Das betrifft natürlich vor allem jüngere Familien, die sozusagen im Aufbau ihrer Familie sind. Sie müssen am Arbeitsmarkt jederzeit verfügbar sein, sie müssen flexibel sein, sie müssen mobil sein. Gleichzeitig sollen sie gut für ihre Familie sorgen.

Das führt dazu, dass wir in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt inzwischen eine sehr niedrige Geburtenrate haben. Studien beweisen uns, dass sich junge Familien in Deutschland mit diesen unauflösbaren Widersprüchen, die ich eben skizziert habe, alleingelassen fühlen.

Ich möchte eine junge Mutter zitieren, die gesagt hat: Man muss sich schon entscheiden: Kinder oder Altersvorsorge. – Meine Damen und Herren, es sollte uns wirklich alle – alle! – aufschrecken, wenn sich junge Frauen und Männer solche Fragen stellen. Das kann in einem der reichsten Länder der Welt einfach nicht richtig sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Eine Kinder- und Familienpolitik, die Familien ernst nimmt, muss bei der Bildung und auch am Arbeitsmarkt ansetzen. Sie muss aber vor allem eines ermöglichen: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. – Wir können zurzeit feststellen, dass wir in Deutschland inzwischen viel Geld in individuelle Leistungen für Familien investieren, was aber vergleichsweise wenig an den Problemen ändert. Wir sind uns einig, dass wir gute Rahmenbedingungen innerhalb der Strukturen, der Kindertageseinrichtungen und der Schulen brauchen, damit wir tatsächlich eine bessere frühkindliche Bildung und eine bessere Bildung insgesamt bekommen.

Zum Thema „Gebühren“: Ich will noch einmal feststellen, dass für uns weniger Gebühren und mehr Qualität zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das hat im Übrigen auch der Landeselternrat „KiTa“ in seiner Stellungnahme zur Anhörung betont. Er hat das Ausspielen von Qualität und Betragsfreiheit als polarisierend und höchst unfair gegenüber den betroffenen Menschen, dem pädagogischen Fachpersonal, den Eltern und den Kindern, kritisiert. Der Landeselternrat!

(Zuruf von der FDP)

Wir haben uns entschlossen, junge Familien in Nordrhein-Westfalen gezielt zu entlasten. Das dies für die FDP inzwischen kein Thema mehr ist, vermag niemanden mehr zu wundern. Denn Sie repräsentieren mit Ihrer Partei wohl nicht gerade diese Gruppe von Menschen in unserer Gesellschaft.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir sind Anwalt der Mitte!)

Es sind auch nicht besserverdienende Eltern, die wir entlasten.

(Marcel Hafke [FDP]: Sie wollten doch die Qualität verbessern!)

Es sind die zahllosen Familien mit kleinen Einkommen. Meine Kollegin Britta Altenkamp hat schon ein Beispiel aus Essen gebracht. Ich möchte Ihnen aus dem Land beispielhaft die Städte Bad Oeynhausen, Coesfeld, Oberhausen, Mönchengladbach und Köln benennen. In all diesen Kommunen beginnt die Elternbeitragspflicht zurzeit bei einem Bruttojahreseinkommen von 12.271 € bzw. 15.000 €. Ich muss es wiederholen: bei 15.000 € Bruttojahreseinkommen! Machen Sie sich bitte einmal klar, über welches Einkommen diese Familien tatsächlich verfügen und dass sie mit diesem Einkommen dann auch noch Elternbeiträge in den Kitas bezahlen sollen.

Die Elternbeitragsfreiheit ist daher nicht nur eine kinder- und jugendpolitische Maßnahme; sie ist auch ein außerordentlich wichtiger – und das ist uns ein Anliegen – familienpolitischer Schritt.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Nachdem wir uns darin einig waren, dass die ersten Jahre prägend sind, haben wir uns entschieden, das Tempo zu erhöhen, indem wir die Rahmenbedingungen in den ersten Kindergartenjahren verbessern wollen. Besonders wichtig ist es uns, dass bei der ersten Stufe der Reform deutliche Verbesserungen bei der Betreuung von unter Dreijährigen erzielt werden können. Die Rahmenbedingungen, die in den Kindertageseinrichtungen zurzeit für Kinder unter drei Jahren gelten, was das Personal angeht, wurden von Eltern, Erziehern, Trägern, Kommunen und Verbänden massiv kritisiert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Nein, das möchte ich jetzt nicht, Frau Präsidentin. – Wir werden diese Situation mit zusätzlichen Ergänzungskräften sehr intensiv unterstützen und verbessern. Und damit machen wir einen wichtigen Schritt hin zu mehr Qualität in den Kindertageseinrichtungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genauso ist das mit der Erhöhung der Pauschalen für Kinder mit Behinderung und der Einführung der immer wieder geforderten unterjährigen Finanzierung der U3-Plätze.

Auch bei den Familienzentren setzen wir auf Qualität und nicht allein auf Quantität. Es gibt keinen Ausbaustopp für Familienzentren; das möchte ich hier ausdrücklich sagen. Denn wir haben in diesem

Jahr 250 weitere zertifizierte Familienzentren in die gesetzliche Förderung aufgenommen. Das haben wir Ihnen im Ausschuss schon mit den entsprechenden Zahlen vorgetragen. Aber es ist richtig, einmal zu schauen, wie die Arbeit der Familienzentren tatsächlich ist, welche wir unterstützen müssen und in welchen Bereichen von Nordrhein-Westfalen Familien und Kinder in Familienzentren einer besonderen Unterstützung bedürfen. Das ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen, die an der Erarbeitung dieses ersten KiBiz-Änderungsgesetzes mitgewirkt haben, ganz herzlich danken. Ich möchte mich auch bei der Fraktion der Linken bedanken, dass sie diesem ersten Schritt zustimmen wird. Wir werden in eine intensive Debatte eintreten, was die zweite Stufe der Veränderung des Gesetzes angeht. Sie können sicher sein, dass wir die Rahmenbedingungen, die Finanzierungsarchitektur noch einmal in besonderer Weise in den Blick nehmen werden.

Aber, noch mal für alle hier im Plenum: Es war der ausdrückliche Wunsch der Verbände, in zwei Stufen in die Revision zu gehen. Es war der ausdrückliche Wunsch aller Verbände, den wir aufgegriffen haben. Dem folgend werden wir uns in Gänze Zeit für die zweite Stufe der KiBiz-Revision nehmen, um dann daraus ein großes Ganzes zu machen.

Ich freue mich heute jedenfalls über diesen ersten Schritt. Ich glaube, dass es ein gutes Signal ist für Familien, für Kinder, wenn am 1. August 2011 diese erste Änderungsstufe in Kraft tritt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Als nächster Redner hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Asch, selbstverständlich geben wir Ihnen Gelegenheit, unseren Antrag intensiv durchzulesen. Deshalb werden wir erst am Freitag darüber abstimmen – und nicht wie bei Ihnen innerhalb von ein paar Minuten, nachdem Sie uns so viele Anträge zur Verfügung stellen und wir keine Zeit haben, uns damit intensiv auseinander zu setzen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ich widerspreche ausdrücklich Ihrer Aussage, Frau Ministerin, es sei eine gute Politik, Zins- und Tilgungslasten auf die nächstfolgende Generation zu übertragen. Das halte ich für unverantwortlich. Das ist keine gute Politik. Das ist ideenlos. Ich finde, da müsste man mehr Ideen entwickeln.

Wenn Sie immer die Belastungen durch die Kindergartenbeiträge für bestimmte Einkommensgruppen anführen, dann darf ich auf das Institut der deutschen Wirtschaft hinweisen, das dokumentiert hat, dass Mittel- und Gutverdiener zwischen 3.000 und 4.000 € einsparen können. Das sollte man fairnesshalber auch sagen.

Unverantwortlich ist, Frau Ministerin – ich verlange, dass der Finanzminister da kritisch hinguckt –, dass Sie seit letzten Dienstag weitere Änderungsanträge in Höhe von 25 Millionen € eingebracht haben. Ich erwarte von der Regierung, dass das Parlament darüber aufgeklärt wird, wo die 25 Millionen € herkommen sollen.

(Beifall von der FDP)

Diese Summe kann nur durch einen Nachtragshaushalt oder dadurch, dass eine andere Position gekürzt wird, herausgekittelt werden. Wo wollen Sie im Kinder- und Jugendbereich kürzen, um diese 25 Millionen € zur Verfügung stellen? Ich erwarte, dass dieser ungedeckte Scheck hier erläutert wird. Das ist das Recht des Parlamentes.

Wie der Kollege Hafke schon sagte: Das Verfahren ist durchgepeitscht worden – in großer Eile und nicht unbedingt immer am Kindeswohl orientiert. Wir haben zu wenige Informationen bekommen. Ausführungsbestimmungen lagen nicht vor oder sind nur gerüchteweise entstanden.

Ich bin froh – ich weiß nicht, wo Frau Altenkamp diese Information her hat – und nehme die Botschaft mit ins Land, wenn sie heute unwidersprochen bleibt, dass alle Kommunen 19 % Elternbeiträge erstattet bekommen. Das ist eine neue Botschaft. Ich hatte bisher immer gehört, dass man Durchschnittswerte wählt, dass man darüber nachdenkt, das auf einer 35-Stunden-Basis zu machen, dass das nur für ein Drittel der Kinder gelten soll, wohlwissend, dass viel mehr Kinder im letzten Jahr im Kindergarten sind. Was ist denn hier wahr? Frau Altenkamp erzählt das. Ich höre von der Regierung jenes. Man weiß es nicht. Wie im ganzen Verfahren üblich werden wir nicht aufgeklärt.

Dann ist zu fragen: Wie ist das mit dem Praktikantenprogramm? Wo sind die Ausführungsbestimmungen? Man geht von Kosten in Höhe von 20.000 € aus. Will man prekäre Arbeitsplätze schaffen? Will man das? Will man das mit 20.000 € dotieren? Sie wollen nur 8.500 € Zuschuss geben. Sie behaupten monatelang, die Kindpauschale sei zu gering. Auch Sie, Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, sagen: Die Kindpauschale sei viel zu gering. Aber gleichzeitig sagen Sie: Nehmt noch einmal 9.500 € von der Kindpauschale weg, damit ihr die Praktikanten bezahlen könnt, plus 2.000 € Eigenbeteiligung. – Leute, was ist denn jetzt noch wahr? Es ist eine Qualitätsverschlechterung, wenn Sie die Fachkräftestunden reduzieren und dafür Praktikantenstellen einset-

zen; und das müssen Sie, wenn Sie das durchziehen wollen. So ist die Finanzierung.

Wenn Sie wissen, wo das Geld herkommen soll, dann sagen Sie es mir doch. Es kann nur von der Kindpauschale kommen, sonst kann es nirgendwo herkommen.

Ich will nichts mehr zu den Ergänzungskräften sagen. Meine Redezeit ist vorbei. Aber eines steht fest, Frau Asch: Das, was Sie für die Ergänzungskräfte angekündigt haben, und das, was jetzt vorliegt, sind zwei ganz verschiedene Schuhe. Da haben Sie den Leuten Sand in die Augen gestreut. Sie haben gar nichts eingehalten. Ihre Versprechen haben Sie da glatt gebrochen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Jörg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Wolfgang Jörg [SPD] legt Vizepräsidentin Angela Freimuth ein Hustenbonbon auf den Tisch.)

Wolfgang Jörg (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich hier spreche, wird sich hinter mir immer geräuspert. Ich denke, sie hat es im Hals. Daher habe ich der Frau Landtagspräsidentin ein Bonbon mitgebracht.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befinden uns heute in einem falschen Film. Wir haben gerade erlebt – um das einmal ins Bild zu setzen –, dass eine Fußballmannschaft, nämlich Schwarz-Gelb, mit 0:8 verloren hat, anschließend auf eine Pressekonferenz gegangen ist und der siegreichen Mannschaft erklärt hat, wie man demnächst taktisch spielen sollte. So, wie ich es in diesem Bild gezeichnet habe, führen Sie sich heute auf. Das ist absurd.

(Beifall von der SPD)

Das KiBiz ist ein kinder- und familienpolitischer Totalschaden, den Sie uns hinterlassen haben. Lieber Bernhard Tenhumberg, 2007 bin ich mit der Regionalbahn von Hagen nach Düsseldorf gefahren und habe mir überlegt, wie man in den damaligen Plenardebatten den ganzen Wahnsinn, diese ganzen irrigen Vorstellungen von Konkurrenz, Wettbewerb usw., im Elementarbereich in einem Satz ausdrücken könnte. Bernhard Tenhumberg, dann fiel er mir ein: KiBiz ist Mumpitz. – Daran hat sich nichts geändert.

(Beifall von der SPD)

Bei dem, was wir heute hier machen, handelt es sich in der Tat um die ersten Sofortmaßnahmen am Unfallort – diesem kinder- und familienpolitischen Totalschaden. Ich glaube, deshalb ist es richtig,

dass wir das ganze Änderungsverfahren zusammen mit den Akteuren vor Ort entwickelt haben. Wir haben uns nicht allein ins Kämmerchen zurückgezogen und aufgeschrieben, was wir für gut halten, sondern wir haben das dialogisch in über hundert Veranstaltungen entwickelt.

Die Geschwindigkeit, in der wir vorgehen, und die einzelnen Punkte, die wir vornehmen, werden von der Szene insgesamt getragen. Es gibt auch Kritik; das gebe ich zu. Aber diese Kritik ist für den weiteren Prozess auch wichtig; denn im Gegensatz zu Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb – das will ich hier noch einmal deutlich sagen –, haben wir nach den Anhörungen unsere Stellschrauben nachgezogen. Wir haben selbst Änderungsanträge eingebracht.

Ich kann mich noch an das erinnern, was Sie in der letzten Legislaturperiode gemacht haben. Sie waren wirklich argumentationsresistent. Die Anhörungen zu den Kopfpauschalen, zur Sprachförderung und zur Schule haben Sie alle ignoriert. Wir machen das nicht. Uns das hier jetzt vorzuwerfen, ist wirklich absurd.

Lieber Kollege Hafke, was die Beitragsfreiheit und die Frage, woher das Geld kommt, betrifft: Da Sie uns die Gelegenheit dazu geben, werde ich Ihnen am Freitagmorgen noch einmal erklären, warum wir das machen. Ich hoffe, Sie können das nachvollziehen.

Aber es ist gerade vonseiten Ihrer Fraktion unverschämt, nachzufragen, woher das Geld kommt. Das Land Nordrhein-Westfalen leidet, indem ihm jährlich 300 Millionen € fehlen, darunter, dass Schwarz-Gelb im Bund Steuererleichterungen für Hoteliers organisiert hat.

(Beifall von der SPD)

Ich frage alle in diesem Raum Anwesenden, was denn wichtiger ist: das Geld in die Betreuung der Kinder zu investieren

(Vizepräsidentin Angela Freimuth räuspert sich.)

– nimm das Bonbon – oder es den Hoteliers zu schenken? – Darum geht es. Da haben wir eine klare Priorität: Wir investieren in die Betreuung der Kinder. Sie sind nämlich die Zukunft unseres Landes, nicht die Hoteliers. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jörg. Die amtierende Präsidentin bedankt sich herzlich dafür, dass Sie so aufmerksam waren, ihr ein Hustenbonbon hinzulegen. Ich weise aber darauf hin, dass das Husten andere Ursachen hat als einen Infekt. Aber der Versuch war a) charmant und b) zulässig.

(Heiterkeit)

Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Ich möchte noch zwei Anmerkungen machen. Lieber Herr Jörg, bei der Anhörung war kein einziger Experte für einen Rückschritt zum GTK. Alle haben gesagt, Sie wollten beim KiBiz bleiben; keiner wollte zum GTK zurück. Von daher kann dieses Gesetz nicht so schlecht sein.

(Beifall von der FDP)

Frau Schäfer, zum Thema Elternbeitragsfreiheit – das richtet sich allgemein an die Adresse von SPD und Grünen –: Sie entlasten jetzt ausschließlich die Eltern mit Kindern im letzten Kindergartenjahr.

(Heike Gebhard [SPD]: Das stimmt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Mit einer vernünftigen, landesweiten, einheitlichen Elternbeitragsregelung würden Sie allen Eltern etwas Gutes tun.

(Sören Link [SPD]: Sie haben das abgeschafft! – Weitere Zurufe von der SPD – Vizepräsidentin Angela Freimuth räuspert sich.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, diese 150 Millionen € sollten Sie lieber in die frühkindliche Bildung investieren.

(Zurufe von der SPD)

Sie vernachlässigen die Qualität der Bildung bei den Kindern vom ersten Lebensjahr an bis zum Eintritt in das Schulalter.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Marcel Hafke (FDP): Denn Sie investieren 150 Millionen € in eine politische Wohltat. Das ist unsozial. Der SPD und auch den Grünen gehört das nicht auf die Fahnen geschrieben. Schneiden Sie sich eine Scheibe von den anderen Bundesländern ab, zum Beispiel vom Saarland. Ich habe das gerade zitiert.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist zu klein, da kann man sich keine Scheibe abschneiden!)

Es wäre gut, hier eine vernünftige einheitliche Regelung einzuführen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Aber eine solche politische Wohltat sollte nicht auf Kosten der zukünftigen Ge-

nerationen finanziert werden; denn irgendjemand muss das auch bezahlen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Beuermann das Wort.

Bärbel Beuermann (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Herr Tenhumberg, interessanterweise haben Sie von Förderung gesprochen. Dann müssen Sie sich jetzt aber die Frage gefallen lassen, warum sich die CDU- und auch die FDP-Fraktion im Ausschuss vornehm bei der Abstimmung enthalten haben, als es um die Erhöhung der Kindpauschale für Kinder mit Behinderungen ging.

(Beifall von der LINKEN)

Ich habe Sie explizit aufgefordert, über Ihren Schatten zu springen und sich dem anzuschließen. Aber ich glaube, da hat die Ideologie wieder die Oberhand gewonnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kindertageseinrichtungen gehören zur sozialen Daseinsvorsorge. Sie erfüllen eine wichtige sozialpolitische und pädagogische Aufgabe. Sie ermöglichen Chancengerechtigkeit sowie eine frühe Förderung und bieten Kindern neue, sie unterstützende Erfahrungswelten. Diese wichtigen Aufgaben können Kitas aber nur dann erfüllen, wenn sie finanziell auch entsprechend ausgestattet sind.

Wir erkennen durchaus an, Frau Schäfer, dass Sie hier frisches Geld investieren. Aber es ist mehr für Qualitätsverbesserung nötig. Mit einem einmaligen Wahrgeschenk ist zudem niemandem geholfen – nicht den Kindern, nicht den Eltern und schon gar nicht Erzieherinnen und Erziehern.

Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Wochen haben die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU der Abwicklung der WestLB und damit der Belastung des Steuerzahlers in Milliardenhöhe zugestimmt.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Pfui!)

Bei dieser Umverteilung von unten nach oben hat für Sie die Haushaltskonsolidierung keine Rolle gespielt.

(Beifall von der LINKEN)

Wie wollen Sie es eigentlich Erzieherinnen und Erziehern erklären, die jeden Tag die enormen Belastungen in den Kitas erleben, dass in diesem Land unbegrenzt Geld für Banken zur Verfügung steht, aber um jeden Cent für Kindertagesstätten gerungen werden muss?

(Beifall von der LINKEN)

Dafür haben die Menschen und auch Die Linke in diesem Land kein Verständnis, und dies völlig zu Recht. Wir Linke sagen: „Menschen vor Profite!“ Das bedeutet, dass Kindeswohl und Beschäftigungsinteressen wichtiger sein müssen als Haushaltskonsolidierungen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Baustellen sind mannigfaltig. Noch immer gibt es zu wenige U3-Plätze.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Mit 32 % gehen Sie auch von viel zu niedrigen Bedarfszahlen aus. Aber das hatten wir ja schon gesagt.

Seit 2008 werden den Beschäftigten durch falsch berechnete Pauschalen rund 318 Millionen € vor-enthalten. Dies sind rund 81 % der Summe, die Sie für den gesamten Kitabereich in den nächsten Jahren investieren wollen. Sie planen also bisher keinesfalls den so medial verbreiteten großen Wurf. Von daher würde ich Ihnen empfehlen, etwas bescheidener in der öffentlichen Darstellung aufzutreten.

Wir fordern Sie auf: Sorgen Sie endlich für eine Gleichstellung des Elementarbereichs mit der Schule, auch in finanzieller Hinsicht. Sie haben als Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses prognos-Gutachten vom März hat noch einmal gezeigt, wie wichtig Investitionen in die Elementar-erziehung sind. Jeder Cent ist hier gut angelegt. Folgen Sie doch einfach endlich Ihrer eigenen Politikberatung! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Beuermann. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich ganz kurz, weil ich glaube, dass wir im Grunde eine gute Debatte über frühkindliche Bildung gehabt haben, in der auch alle entscheidenden Dinge schon benannt worden sind.

Mir ist nur eines wichtig: Die Landesregierung ist ein guter Partner für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Und anders als Sie von Schwarz-Gelb nehmen wir Konnexität ernst. Das, was Sie uns hinterlassen haben, müssen wir in einem Konnexitätsausführungsgesetz regeln, aber auch die Elternbeiträge müssen wir in einem Konnexitätsausführungsgesetz regeln.

Da, Herr Hafke, hat es mich schon sehr gewundert, als Sie vorgeschlagen haben: Machen Sie doch landesweit einheitliche Elternbeiträge!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wer in Nordrhein-Westfalen ist denn dafür verantwortlich, dass wir dieses flächendeckende Chaos bei den Elternbeiträgen in den Kindertageseinrichtungen haben? – Das ist Ihre Politik gewesen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie können sich auch nicht damit herausreden, dass Sie jetzt erst frisch im Parlament sind. So kann man an die Dinge nicht herangehen. Das finde ich geradezu abenteuerlich.

Ich will noch einmal ganz deutlich für uns sagen: Gebührenfreie Bildung ist keine Wohltat, sondern sollte in einem Land wie Deutschland eine Selbstverständlichkeit sein. So werden wir auch agieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Weil Ihre Rede schneller zu Ende ging, als ich es dachte, waren die beiden Zwischenfragen nicht mehr möglich.

Wir sind, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung über die verschiedenen Änderungsanträge und natürlich auch über die Beschlussempfehlung und die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates. Gehen wir also im Verfahren so vor, wie wir es gemeinsam beraten haben.

Erstens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2420**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2421**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion Die Linke. Stimmt jemand dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Drittens kommen wir zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2422**. Wer stimmt dem zu? – Die Fraktion Die Linke, was zu erwarten war. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP, was, ehrlich gesagt, in der Serie auch zu erwarten war.

(Zurufe – Bärbel Beuermann [LINKE]: Leider zu erwarten war!)

Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Auch das ist dann mit Mehrheit **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2423**. Wer stimmt dem zu? – Die Fraktion Die Linke. Gibt es Gegenstimmen? – SPD, Grüne, CDU und FDP.

Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Fünftens kommen wir zum **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 15/2426**. Dieser soll – so ist es mir hier vorgelegt worden – am Freitag abgestimmt werden. Genauso wird mit dem **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2431** verfahren – also auch **am Freitag**.

Sechstens. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/2385**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1929 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – SPD, Grüne und die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit im Hohen Haus **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 15/1929 in zweiter Lesung verabschiedet**.

Siebtens empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 15/2372** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung findet dort in öffentlicher Sitzung statt. Wer stimmt der Überweisung zu? – Das tun alle. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 3.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Leistungsfähigkeit der Wasserstraßeninfrastruktur erhalten – Keine Reform der Netzstrukturen und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu Lasten Nordrhein-Westfalens

Eilantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2414

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2429

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2427

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2432

Ich darf darauf hinweisen, dass der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/2427 zurückgezogen worden ist.

Damit eröffne ich die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Herrn Rasche von der FDP-Fraktion das Wort.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch schnell meine Bitte an Sie richten: Verlassen Sie den Saal ruhig und stellen Sie die Gespräche und Diskussionen, die am Rande des Plenums laut geführt werden, bitte ein. Leise kann natürlich gesprochen werden, so, dass es keiner merkt.

Kollege Rasche, das Mikrofon ist offen. Bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vermutlich noch in der Sommerpause werden im Bundesverkehrsministerium die Weichen für eine Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie für ein neues Konzept für Netzstruktur und für Investitionsstandards gestellt. Deshalb ist es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen hier und heute eine klare Position bezieht, nach Möglichkeit durch einen breiten Konsens in diesem Hohen Hause getragen.

Die FDP-Fraktion hat mit diesem Eilantrag die Initiative ergriffen, damit die Überlegungen des Bundesverkehrsministeriums korrigiert werden und Nordrhein-Westfalen nicht benachteiligt wird.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist das Binnenschifffahrtsland Nummer 1 in Deutschland. Bis zu 80 % der deutschen Binnenschifffahrtsverkehre finden in Nordrhein-Westfalen statt, 25 % des Güterverkehrsaufkommens in Nordrhein-Westfalen wird auf den Binnenschifffahrtswegen abgewickelt. Die Binnenschifffahrtsverkehre werden in Nordrhein-Westfalen rasant ansteigen, insbesondere in den Bereichen Chemie und Kohle.

Zwischen dem hoch beanspruchten Niederrhein und dem stark befahrenen westdeutschen Kanalnetz besteht eine enge Verkehrsverflechtung, die auch in Zukunft optimal organisiert werden muss.

Aus all diesen Gründen ist es logisch und wichtig, dass Münster als Sitz einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion erhalten – bleibt mit der Zuständigkeit für den Niederrhein und die westdeutschen Kanäle. Die Zerschlagung dieser Zuständigkeit zugunsten von Hannover und Mainz wäre für den Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen eine Katastrophe.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen hängen in Zukunft insbesondere von Bildung und Infrastruktur ab. Bei der gerade angesprochenen Reform Binnenschifffahrt, aber insbesondere bei großen Infrastrukturprojekten steht Nordrhein-Westfalen in einem harten Wettbewerb mit anderen Bundesländern. Die norddeutschen Küstenländer und Bayern agieren dabei politisch geschlossen, von Verbänden und Wirt-